

☐ VOLKSABSTIMMUNG VOM 5. JUNI

Nein zum Fortpflanzungsmedizingesetz

Am 5. Juni stimmt das Schweizervolk über das revidierte Fortpflanzungsmedizingesetz ab. Die EVP hat mit vielen anderen Organisationen erfolgreich das Referendum dagegen ergriffen.

Die EVP akzeptiert den Entscheid des Schweizer Stimmvolks vom 14. Juni 2015, in der Verfassung den Weg für die Präimplantationsdiagnostik (PID) frei zu machen. Es geht nicht darum, mit dem Referendum diesen Entscheid rückgängig machen zu wollen. Das schon im Dezember 2014 im Parlament verabschiedete revidierte Fortpflanzungs-



Marianne Streiff-Feller

medizingesetz (FMedG) regelt jedoch, wie die PID konkret angewendet werden darf. Und es sieht viel zu weitgehende Anwendungsmöglichkeiten vor, die ethisch bedenklich sind:

- Die Gesetzesvorlage würde die PID nicht nur bei schweren erblichen Vorbelastungen eines Elternteils erlauben, sondern auch generelle, systematische Untersuchungen der Eizellen auf Chromosomenanomalien zulassen (Aneuploidie-Screening). Eine derart konsequente Durchführung der PID würde eine Selektion zwischen «wertem» und «unwertem» Leben ermöglichen und damit die Vielfalt in der Gesellschaft gefährden,

was grosse Risiken birgt. Die Gesellschaft darf nie über die Lebenswertigkeit eines Menschen bestimmen. Zudem könnte dies eugenischen Tendenzen Vorschub leisten.

- Das revidierte Gesetz sieht zudem vor, dass pro Behandlungszyklus neu zwölf statt bisher drei Embryonen entwickelt werden dürfen. Dadurch entstünden eine immense Anzahl sogenannter «überzähliger» menschlicher Embryonen. Diese dürfen neu anschliessend tiefgefroren werden, müssten jedoch nach maximal zehn Jahren vernichtet oder der Forschung zur Verfügung gestellt werden.

Die bevorstehende Abstimmungskampagne bietet die Chance für eine vertiefte ethische Auseinandersetzung über die weitere Entwicklung der Fortpflanzungsmedizin in

Nach Gentech-Mais bald Gentech-Mensch?



der Schweiz. **Mit einem Nein setzen Sie dem Gesetzgeber ein Signal gegen die stete Ausweitung hin zu einer schrankenlosen Fortpflanzungsmedizin.** Ich bitte Sie alle ganz herzlich, sich aktiv am Abstimmungskampf zu beteiligen und Ihre Freunde und Bekannten von einem Nein auf dem Abstimmungszettel zu überzeugen. Danke!

Marianne Streiff-Feller,
Nationalrätin



REGIERUNGSRATS-ERSATZWAHLEN

Wertvolle Wahlbeteiligung

Die kantonale Politik war in den ersten drei Monate dieses Jahres von den Regierungsrats-Ersatzwahlen dominiert. Im Fokus war auch EVP-Kandidat Patrick Gsteiger. Während Wochen reiste der EVP-Grossrat aus dem Berner Jura in alle Ecken des Kantons, um an Podien auf die Fragen der Bevölkerung und der Journalisten zu antworten. Das grosse Engagement reichte aber nicht für eine Überraschung. Die Distanz zu den Mitkonkurrenten aus SVP

und SP war zu gross, so dass Patrick Gsteiger am zweiten Wahlgang nicht mehr teilnahm. Die Wahlbeteiligung des EVP-Kandidaten mit vielen Auftritten vor Publikum und in den Medien war trotz allem sehr wertvoll. Patrick Gsteiger erhielt doppelt so viele Stimmen wie bei



Patrick Gsteiger

Parolen zum 5. Juni 2016

☐ Asylgesetz	JA
☐ Fortpflanzungsmedizingesetz	NEIN
☐ Initiative zum Grundeinkommen	NEIN
☐ Initiative zur Verkehrsfinanzierung	NEIN
☐ Initiative zum Service public	NEIN

Infos: www.evppev.ch/abstimmungen

seiner ersten Teilnahme an Regierungsratswahlen 2010 und hat sich grossen Respekt verdient.

Silas Liechi, Vizepräsident EVP BE

Zur Mitgestaltung motiviert

Solidarität zwischen Stadt und Land



Seit mehreren Jahren beschäftige ich mich als Mitglied der Exekutive von Langenthal mit Anliegen der Kultur. Aktuell setze ich mich für die Sanierung des 100-jährigen Stadttheaters ein. Im Rahmen der Umsetzung des kantonalen Kulturförderungsgesetzes mussten sich die 47 Gemeinden im Oberaargau bis Ende 2014 zu einem Gemeindeverband zusammenschliessen. Der Kanton bestimmte die Kulturhäuser von regionaler Bedeutung. Alle fünf subventionsberechtigten Organisationen haben ihren Sitz in Langenthal. Aktuell laufen die Verhandlungen mit den Kulturbetrieben, dem Kanton und den Gemeinden bezüglich der neu abzuschliessenden Leistungsverträge, die ab 2017 in Kraft treten sollen. Für die einzelnen Institutionen geht es dabei um viel Geld, das für die Aufrechterhaltung dieser regionalen Angebote existenziell ist. Die Beteiligung der öffentlichen Hand (Standortgemeinde 50%, Kanton 40% und Gemeindeverband 10%) ist im Rahmen des Kulturförderungsgesetzes geregelt. Die beteiligten Gemeinden müssen dem zu bezahlenden Beitrag zustimmen. Für mich als Gemeinderat ist dieses Prozedere ein Prüfstein der Solidarität unter den Oberaargauer Gemeinden. Sollte dieses für jede Nicht-Standort-Gemeinde finanziell bescheidene Projekt scheitern, wie sollen dann zukünftige regional wichtige Sport- und Infrastrukturvorhaben gelingen? Denn: Unser Staatswesen lebt von der Solidarität zwischen Stadt und Land, Jung und Alt, Arm und Reich.

Daniel Rügger
Gemeinderat von Langenthal

Je ein Mitglied der Stadtparlamente von Biel, Interlaken und Langenthal gibt im Vorfeld der Gemeindewahlen Auskunft über seine Motivation und sein Engagement.



Franziska Molina
Biel



Lorenz Schütz
Interlaken



Anita Steiner-Thaler
Langenthal

Seit wann bist du im Gemeindeparlament und warum engagierst du dich dort?

Franziska Molina: Ich bin seit Januar 2008 im Stadtrat von Biel. Meine Motivation ist, mich für die Stadt, in der ich wohne und arbeite, einzusetzen und die Zukunft mitzugestalten.

Lorenz Schütz: Ich bin seit Anfang 2009 im Grossen Gemeinderat Interlaken. Ich engagiere mich dort, weil ich nicht nur Nutzniesser sein, sondern mich aktiv am Geschehen in der Gemeinde beteiligen will. Die Faust im Sack zu machen und über andere herzuziehen, scheint mir nicht der richtige Weg.

Anita Steiner-Thaler: Seit acht Jahren engagiere ich mich im Stadtrat Langenthal und bin sehr motiviert für vier weitere Jahre. Als Fraktionspräsidentin der EVP/GLP-Fraktion ist es mir ein Anliegen, die Zukunft der Stadt mitzugestalten und künftige Entwicklungen anzustossen. Dabei stehe ich für eine wertebasierte und bürgernahe Politik ein.

Gibt es Anliegen, für die du dich besonders eingesetzt hast?

Franziska Molina: Ich versuche alle Dossiers gut zu studieren. Die Kinder sind mir ein grosses Anliegen, deshalb bin ich auch seit langem in der Schulkommission.

Lorenz Schütz: Grundsätzlich setze ich mich für einen wertschätzenden Umgang und eine nachhaltige Sachpolitik ein. Besonders am Herzen liegen mir eine Schule, in der Kinder und Jugendliche gerne lernen und Lehrkräfte gerne arbeiten, sowie ein verantwortungsbewusster Umgang mit den Ressourcen, gerade auch in finanzieller Hinsicht.

Anita Steiner-Thaler: Gerne engagiere ich mich in der Familienpolitik sowie für Bildung und Kultur, da ich dort als Oberstufenlehrerin und ausgebildete Chorleiterin Kompetenzen mitbringe. Familien sollen sich in Langenthal wohl fühlen und entsprechende Angebote vorfinden. So habe ich mich erfolgreich dafür eingesetzt, dass veraltete und dürrig angelegte Spielplätze erneuert und erweitert werden.

Welche Probleme müssen in deiner Gemeinde angegangen werden?

Franziska Molina: Einmal mehr sind dies die Stadtfinanzen, wo es nicht primär Mehreinnahmen,

sondern eher Minderausgaben braucht. Ein weiterer Brennpunkt sind der steigende Bedarf an Schulraum. 10% der Bieler Bevölkerung sind mindestens zum Teil von der Sozialhilfe abhängig. Die Sozialhilfebezügler müssen möglichst gut in den Arbeitsprozess integriert werden.

Lorenz Schütz: Ein Dauerbrenner bei uns sind gute Bedingungen für den Tourismus als wichtigsten Arbeitgeber der Region, ohne dabei die Bedürfnisse der Einheimischen zu vernachlässigen (z.B. beim Verkehr). Auch auf gesunde Gemeindefinanzen müssen wir ein wachsames Auge haben.

Anita Steiner-Thaler: Ein wichtiges Thema wird die Stadtentwicklung Langenthals sein. Das gesamte Bahnhofareal wird umgestaltet, und weitere wichtige städtebauliche Massnahmen stehen an, wo wir von der EVP Akzente setzen können. Die EVP spielt als Brückenbauerpartei aus der Mitte eine wichtige Rolle, weil sie blockübergreifend Allianzen schliessen kann.

Interviews: Christof Erne

Darum bin ich Mitglied der EVP

«Ich finde es sehr wichtig, dass wir uns – wenn wir schon das Privileg dazu haben – aktiv an der Schweizer Politik beteiligen. Es freut mich, dass wir hier die Möglichkeit haben zu wählen und abzustimmen, und ich bin der Meinung, dass wir diese unbedingt nutzen sollten. Da keine Partei der Schweiz so viele meiner Werte und Grundeinstellungen teilt wie die EVP, habe ich mich für sie entschieden.»

Danae Baumann, Seftigen



Falsches Nostalgiedenken

Die Initiative «Pro Service public» will den unternehmerischen Spielraum von Post, SBB und Swisscom abschaffen.

Sie will nichts anderes als zurück in die Vergangenheit. In eine Zeit, als die Politik jedes Detail der Grundversorgung festgelegt hat und der Postminister die einzelnen Sujets der Briefmarken noch persönlich bewilligen musste. Heute legt die Politik fest, welche Leistungen in allen Gebieten der Schweiz erhältlich sein sollen. Das Wie überlässt sie den Unternehmen. Die Politik bestimmt also z. B., dass alle einen Zugang zu Postdienstleistungen

haben. Die Post entscheidet selber, in welcher Form dies passiert. Mit dieser Haltung konnte die Schweiz bis heute eine flächendeckende und sichere Grundversorgung erhalten, deren Qualität im europäischen Vergleich sehr gut ist. **Ein Nein zur Initiative stützt diesen Trend und vermeidet einen Rückschritt in die 1980er-Jahre.**



Niklaus Gfeller

Niklaus Gfeller, Grossrat

Sinnvolles Asylgesetz

Das überarbeitete Asylgesetz beinhaltet alles Nötige für einen besseren Ablauf der Asylverfahren und gewährleistet trotzdem eine korrekte Behandlung der Gesuche.

Kürzere Verfahren verschaffen Platz für die Asylberechtigten und reduzieren die Kosten.

Es gibt kaum stichhaltige Argumente gegen das Gesetz.

Die Gegner kritisieren die staatlich bezahlten Anwälte und die Möglichkeit, bei Gemeinden die Öffnung geeigneter Unterkünfte zu verfügen. Doch die Anwälte helfen die Verfahren zu verkürzen, und die verantwortliche Behörde muss auch in aussergewöhnlichen Lagen

handlungsfähig sein können.

Das revidierte Gesetz ist sinnvoll und wird von der EVP unterstützt. Gemeinden und Kantone können sich damit besser auf die sprachliche, kulturelle und berufliche Integration konzentrieren. Ein Ja zum Gesetz ist mir als Präsident der grossrätlichen Sicherheitskommission ein grosses Anliegen.



Markus Wenger

Markus Wenger, Grossrat

Arbeit bedeutet Würde

Die Volksinitiative «für ein bedingungsloses Grundeinkommen» fordert, dass alle in der Schweiz lebenden Menschen ein Grundeinkommen erhalten sollen.



Philippe Messerli

Die Auszahlung erfolgt unabhängig von einer Erwerbstätigkeit, Vermögen oder Gesundheitszustand. Damit sollen allen ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht werden. Die Initianten schlagen für Erwachsene 2500 Franken und für Kinder 625 Franken pro Monat vor.

Die EVP lehnt die Initiative ab. Zum einen wäre das Grundeinkommen mit geschätzten Kosten von 153 Milliarden Franken schlicht nicht finanzierbar. Zum anderen setzt die Initiative völlig falsche Anreize: Eigenverantwortung sowie Motivation zur Erwerbsarbeit und zur Ausbildung gingen verloren. **Arbeit ist wertvoll und bedeutet Integration in die Gesellschaft, Selbstachtung und Würde.** Statt eines bedingungslosen Grundeinkommens ist eine bedarfsorientierte Hilfe zur Selbsthilfe in unserem Sozialstaat der bessere und würdevollere Weg zur Integration.

Philippe Messerli, Grossrat

Fair heisst solidarisch

Die Volksinitiative «für eine faire Verkehrsfinanzierung» will, dass kein Geld aus der Mineralölsteuer mehr in die Bundeskasse fliesst.

Autofahrerinnen und Autofahrer sollen nicht mehr länger die «Milchkühe der Nation» sein. Deshalb will die Initiative die Mineralölsteuer (rund 3 Mrd. Fr. pro Jahr) künftig ausschliesslich für Strassenbau und -unterhalt verwenden. Heute sind es 50 %, der Rest fliesst in die allgemeine Bundeskasse. Die EVP lehnt die bloss dem Titel nach faire Initiative ab. Mit ihrer Annahme müsste das Geld in anderen Bereichen eingespart werden. Bei Bildung und For-

schung, beim öffentlichen Verkehr, in der Landwirtschaft oder auch bei der Landesverteidigung wäre mit schmerzhaften Kürzungen zu rechnen. Wie

alle anderen Steuern dient auch die Mineralölsteuer zur Erfüllung aller Aufgaben der öffentlichen Hand. **Die von der «Milchkühe-Initiative» angestrebte Entsolidarisierung muss deshalb mit einem klaren Nein unbedingt verhindert werden.**



Ruedi Löffel

Ruedi Löffel, Grossrat

Wahlkreistausch

In den Wahlkreisen Mittelland-Süd und Thun kommt es innerhalb der EVP-Fraktion zu einem Tausch unter der amtierenden Grossrätin Melanie Beutler-Hohenberger, Mitglied Gesundheits- und Geschäftsprü-

funktionskommission, und Grossrat Hans Kipfer, Mitglied der Finanzkommission. Melanie Beutler rutschte 2010 für Marianne Streiff in den Grossrat nach und wurde



Hans Kipfer



Melanie Beutler

seither im Wahlkreis Mittelland-Süd bestätigt. Hans Kipfer kam 2008 in den Grossen Rat und trat bei den letzten zwei Wahlen im Wahlkreis Thun an. Da Melanie Beutler mit ihrer Familie nach Thun gezogen ist und Hans

Kipfer im Juli nach Münsingen zieht, wollen die beiden bei den nächsten Wahlen 2018 je im neuen Wahlkreis antreten. Das Ziel ist die Verteidigung der zwei Sitze im Wahlkreis Thun und der Gewinn eines zweiten Sitzes im Wahlkreis Mittelland-Süd.

Mehr Infos: www.hanskipfer.ch und www.melanie-beutler-hohenberger.ch.

Bedeutende Raumplanungsrevision

Die Schwerpunkte der Januarsession bildeten die Beratungen der Kulturlandinitiative samt Gegenvorschlag und die Revision der kantonalen Baugesetzgebung.

Die deutliche Zustimmung zur Raumplanungsrevision und die Annahme der Zweitwohnungs-Initiative auf Bundesebene zeugen von einer wachsenden gesellschaftlichen Einsicht in die Notwendigkeit eines sorgsameren Umgangs mit der begrenzten Ressource Boden. Die neuen Rahmenbedingungen des Bundes führen zu einem Paradigmenwechsel im Kanton: Die bauliche Entwicklung wird zukünftig weitgehend nur

innerhalb der bestehenden Siedlungsgrenzen erfolgen. Dieser Grundsatz ist mittlerweile bis weit in rechtsbürgerliche Kreise unbestritten. In der konkreten Umsetzung einer wirksamen Begrenzung der Zersiedelung waren die gegensätzlichen Interessen jedoch unübersehbar. Denn Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum stehen oft dem Kulturlandschutz im Wege.

Zweite Lesung in Juni

Die über 100 Anträge aus dem Rat, die Einflussnahme der Abbau- und Deponiebranche, der Hauseigentümer und der Zweitwohnungsbesitzer zeugten von der Bedeutung des wohl grössten Geschäfts der laufenden Legislatur. Besonders bei der

Mehrwertabschöpfung und den Massnahmen gegen die Baulandhortung zeichnete sich ein hartes Ringen ab, das erst in der zweiten Lesung im Juni definitiv entschieden wird. Immerhin konnte bereits ein wichtiger Etappensieg errungen werden: Die Kulturlandinitiative und der Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe bauten den nötigen Druck auf, damit ein griffiger Kulturlandschutz verankert werden konnte, der über die Bundesvorgaben hinausgeht.



Martin Aeschlimann

Martin Aeschlimann, Grossrat

AGENDA

Kadertag EVP Schweiz

28. Mai, 9.00–16.00 Uhr
Bern, Bundeshaus

Volksabstimmungen

5. Juni

Junisession Grosser Rat

30. Mai – 9. Juni

Delegiertenversammlung EVP Schweiz

25. Juni, 9.30 – 12.30 Uhr

Kantonalvorstand EVP BE

18. August, 19.30 Uhr
Nägeligasse 9, Bern

EVP-Kurs «Neu in der EVP»

25. August, 17.15 – 19.45 Uhr
Generalsekretariat EVP,
Nägeligasse 9, Bern

Septembersession Grosser Rat

5.–15. September

EVP-Kurs webbasierte Adressverwaltung

9. September, 18.15 – 20.45 Uhr
Generalsekretariat EVP,
Nägeligasse 9, Bern

Finanzhaushalt, Armut und Geburten

Grossratspräsident Marc Jost meisterte auch die Märzsession als letzte Session seines Amtsjahrs mit grosser Kompetenz, stoischer Ruhe und einer Prise Humor.

Gleich zu Beginn der Session versammelten sich in der Kapelle im Rathaus über 20 Grossrätinnen und Grossräte aus fast allen Fraktionen zur traditionellen Kurzbesinnung. Diesmal gab Esther Schläpfer, Pfarrerin am Berner Münster, einige ermutigende Gedanken weiter. Das gemeinsame Vaterunser beschloss den seit Jahren von der EVP organisierten Anlass.

Markus Wenger, Präsident der Sicherheitskommission, erinnerte erfolgreich daran, dass ein weiterer Zusatzkredit für die Begleitung und Betreuung von unbegleiteten minder-



Markus Wenger

jährigen Asylsuchenden nötig ist wegen der massiven Zunahme an Jugendlichen und Kindern, die bei uns als Flüchtlinge ankommen.

EVP-Finanzexperte **Hans Kipfer** appellierte an die Ratsmitglieder, die Steuerstrategie des Regierungsrats abzuwarten und nicht vorzeitig auf die von der FDP geforderte und nicht gegenfinanzierte Steuersenkung einzugehen. Diese würde ein Loch von 70 Millionen Franken in den Finanzhaushalt reissen und neue Sparmassnahmen erfordern. Leider konnte die Reduktion nur für das Jahr 2017 abgewendet werden. Für die Zeit ab 2018 beschloss die Mehrheit eine Steuersenkung, die vor allem Gutverdienende entlastet. Der Sozialbericht hält fest, dass sich die Armut im Kanton Bern



Hans Kipfer

in den letzten Jahren nicht wie gewünscht halbierte, sondern die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander geht.

Melanie Beutler setzte sich mit Nachdruck für weitere periodisch erhobene Daten in Form eines Berichts ein, um konkrete Massnahmen gegen die Armut ergreifen zu können. Nach Annahme des Gegenvorschlags zog das Initiativkomitee die Kulturlandinitiative zurück. Das ist ein gelungenes Beispiel konstruktiver Zusammenarbeit von Regierung und Parteien. Martin Aeschlimann wirkte tatkräftig am Kompromiss mit.



Melanie Beutler

Philippe Messerli setzte sich im Namen der EVP-Fraktion dafür ein, dass die gesetzliche Regelung der vertraulichen Geburt an die Hand genommen wird. Damit wird schwangeren Frauen in verzweifelten Situationen

neben dem Babyfenster eine weitere Möglichkeit geboten, sich für das Leben des Kindes zu entscheiden.

Gerne weise ich darauf hin, dass auf www.gr.be.ch die Sessionsen, Geschäfte, Mitglieder und weitere Informationen zu finden sind. Ebenso kann die Session per Audioübertragung oder von der Zuschauertribüne aus mitverfolgt werden. Herzlich willkommen im Juni!



Philippe Messerli

Christine Schnegg, Grossrätin



Gibt es bei Ihnen noch keine EVP?

Interessiert? Dann melden Sie sich bei:
Lukas Zimmermann-Oswald
Projektleiter Gemeindewahlen EVP BE
lukas.zimmermann@evp-be.ch
Tel. 076 462 15 40

EVP will Gemeindepräsidenten

In Belp, Münchenbuchsee und Worb streben EVP-Mitglieder 2016 die Neuwahl bzw. Wiederwahl ins Gemeindepräsidium an.

Die EVP **Münchenbuchsee** hat Grossrat und Gemeindeparlamentarier **Ruedi Löffel** als Kandidaten fürs Gemeindepräsidium nominiert. Durch seine langjährige politische Tätigkeit ist er sehr gut vernetzt. Als Fachstellenleiter des Blauen Kreuzes hat er die nötige Erfahrung in Personalführung. Als wichtige Projekte nennt er Schulraumplanung, Dorfplatz, Weiterentwicklung des Allmendquartiers, Entwicklung nach innen und Wärmeverbund.

In **Belp** ist **Susanne Grimm-Arnold** seit über 15 Jahren politisch aktiv, seit drei Jahren als Gemeinderätin. Die EVP stellt mit ihr eine kompetente und lösungsorientierte Mittepolitikerin zur Wahl. Unter ihrer Leitung erweiterte das Departement Soziales und Gesundheit eine Kita und das Tageskinder-Angebot. Die Primarlehrerin und Familienfrau setzt sich zudem für attraktive Spielplätze und vernetzte Angebote für ältere Menschen ein.



Grossrat Ruedi Löffel (Münchenbuchsee), Gemeinderätin Susanne Grimm (Belp) und Gemeindepräsident Niklaus Gfeller (Worb).

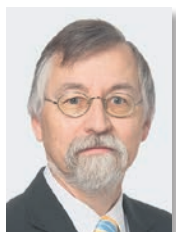
In **Worb** stellt sich Gemeindepräsident **Niklaus Gfeller** erneut fürs Amt zur Verfügung. Die EVP ist überzeugt, dass er auch in Zu-

kunft die richtige Person dafür ist, und schreibt auf der Homepage: «Sein Herz schlägt für Worb und er sucht der Gemeinde Bestes.»

LYSSER PARLAMENTSPRÄSIDENT

Hansueli Bourquin

Der 60-jährige Hans-Ulrich Bourquin aus dem seit 2011 zu Lyss gehörenden Busswil präsidiert 2016 den Grossen Gemeinderat (GGR). Vor der Gemeindefusion war er Gemeinderat in Busswil, seither ist er GGR-Mitglied in Lyss.



Hansueli Bourquin

Ist deine Wahl zum «höchsten» Lysser ein Zeichen für eine gelungene Fusion von Lyss und Busswil?

Das Präsidium des Grossen Gemeinderats ist eine besondere Ehre für mich. Es hat aber nichts mit der Fusion zu tun. Vielmehr wird turnusgemäss aus jeder Fraktion das Präsidium gewählt.

Du warst mehrere Jahre lang Gemeinderat in Busswil und bist jetzt «nur» noch Parlamentsmitglied. Stellte dieser Wechsel ein Problem für dich dar?

Nein, im Gegenteil. Da ich im Jahr der Fusion 2011 noch zu

100% arbeitete, war dies eine willkommene Entlastung. Jetzt, da ich in Frühpension bin, konnte ich zusätzlich das Präsidium der EVP-Ortspartei Lyss-Busswil übernehmen.

Was sind deine politischen Schwerpunkte?

Es ist mein Anliegen, 2016 die GGR-Geschäfte und den Ratsbetrieb möglichst reibungslos und effizient zu führen. Und 2017 sind wieder Gemeindefusionen. Da wird es besondere Anstrengungen erfordern, um unsere sechs EVP-Sitze halten zu können. Die Sitzzahl des Parlaments wird von 44 (temporäre Erhöhung infolge Fusion) wieder auf 40 reduziert.

Was machst du in der Freizeit?

Ich bin ein leidenschaftlicher Skifahrer. Seit ein paar Jahren kaufe ich jeweils ein Saisonabonnement der Lauchernalpbahnen. Kirchlich bin ich in der Heilsarmee Biel-Bienne engagiert. Daneben habe ich ein Umbauprojekt meines Hauses in Busswil am Laufen.

Interview: Philippe Messerli

KURZ-NEWS

Aus den Sektionen

Angebote für Kinder in Brügg

Die EVP will, dass sich Brügg wieder dem Ferienpass Biel anschliesst und so auch ganztägige Wochenangebote zur Verfügung stehen. Ausserdem wünscht sich die EVP zur Förderung der Integration eine Sprachspielgruppe für Brügg, wie sie in Studen besteht.

Neuer Gemeinderat in Ipsach

Peter Schnegg wurde nach einer Vakanz für den Rest der Legislatur 2013–2016 in stiller Wahl als Gemeinderat von Ipsach gewählt.

Neues Präsidium in Lyss

Hans-Ulrich Bourquin wurde als Nachfolger von Philippe Schenkel zum Präsidenten der EVP Lyss-Busswil gewählt. 2016 präsidiert er zudem den Grossen Gemeinderat von Lyss.

Vorstoss in Münchenbuchsee

Der recht kurzfristige Abgang des Finanzverwalters war sehr herausfordernd. Die EVP verlangt darum, dass der Gemeinderat eine Verlängerung der Kündigungsfrist von Kaderangestellten von drei auf sechs Monate prüft.

Langenthal mit Obersteckholz

Die EVP Langenthal unterstützt in der Mitwirkung den Zusammenschluss der Gemeinden Langenthal und Obersteckholz als Beitrag zur Stärkung der Region und der kommunalen Strukturen.

Ey-Putzete in Kirchberg

Die EVP Kirchberg putzte an einem Frühjahrsfest die Ränder der Eystrasse und traf sich anschliessend zum Spaghetti-Essen.

Es läuft was in Lützelflüh

Die EVP-Lützelflüh lud Grossratspräsident Marc Jost aus Thun ein, um über seine Erfahrungen im Präsidialjahr zu berichten. Werner Käser ist neuer Kassier der EVP Lützelflüh. Präsidiert wird die Partei weiterhin von Andreas Baumgartner.

Gemeinderat von Sumiswald

Die EVP will im Herbst erstmals für den Gemeinderat Sumiswald kandidieren und kontaktiert nun geeignete Personen.

Rücktritt in Steffisburg

Der für Hochbau und Planung zuständige EVP-Gemeinderat Lorenz Kopp tritt aus zeitlichen Gründen per Ende Juli nach acht Jahren von seinem Amt zurück. Nachfolger wird Christian Gerber (EDU), der bei den letzten Wahlen auf der EVP/EDU-Liste den ersten Ersatzplatz erreichte.

Neuer Vize in Frutigen

Nach dem Ausscheiden des bisherigen Vize-Gemeinderatspräsidenten wurde EVP-Vertreter Hanspeter Bach (Ressort Bildung) für den Rest der Amtsdauer bis Ende 2017 als neuer Vize gewählt.

Matthias Haller, Ittigen

Ob in der Schule oder bei seinen Freizeitbeschäftigungen, Matthias Haller ist ein ganz normaler Jugendlicher und lebt mit seinen Eltern und dem jüngeren Bruder in der Berner Vorortsgemeinde Ittigen.

Seit 2015 bist du Mitglied der EVP. Wie kam es dazu?

Nebst Sport und Werken fesselt mich das Schulfach Geschichte. Im Herbst 2015 besuchte ich mit meiner Familie die Toscana-Gemeindeferien der Vineyard Bern. Als am Abschlussabend Matthias Stürmer und Delaja Schweizer über ihr politisches Engagement bei der EVP und die anstehenden Nationalratswahlen berichteten, stand für mich fest, dass ich mich wie die beiden Kandidierenden für die EVP engagieren möchte. So bewarb ich mich vor den nationalen Wahlen für die Mitgliedschaft und erhielt diese knapp danach.

Zeitungen, politische Sendungen, Social Media – prägen sie nun vermehrt deinen Alltag?

Sporadisch informiere ich mich in der Zeitung, zu Hause bei Tisch diskutieren wir schon mal aktuelle Themen. Mein Handy ist momentan funktionsuntüchtig, Fernseher

und Computer laufen eher selten. Am ehesten halte ich mich auf politischen Facebook-Plattformen auf. Mit meinen Kollegen spiele ich jedoch lieber Fussball und Unihockey als mit ihnen über Politik zu sprechen.



Matthias Haller

Du hast du bereits eine Vorstellung von einem möglichen politischen Werdegang. Wie könnte dieser aussehen?

Über eine Kommission möchte ich mich baldmöglichst in der Gemeindepolitik einbringen. Dieses Jahr finden in Ittigen Gemeindewahlen statt. Allzu gerne würde ich bereits mitwählen, was einem Sechzehnjährigen heute jedoch (noch) untersagt ist. Da Ittigen über kein Parlament verfügt, böte sich für meine weitere Gemeindepolitik der Gemeinderat an. Parallel dazu würde ich mich auf kantonaler und eidgenössischer Ebene als Kandidat zur Verfügung stellen, sprich z. B. als Nachfolger von Ruedi Löffel im Grossen Rat aspirieren, und gerne auch als Nationalratsersatz fungieren. Ich sehe mich als Brückenbauer.

Wie bringst du dich als Sekundarschüler bereits heute aktiv ins politische Geschehen ein?

Z. B. habe ich Früchte gedörft und durch den Verkauf den EVP-Regierungsratskandidaten Patrick Gsteiger mit 400 Franken unterstützt. Als Beziehungsmensch engagiere ich mich im Café International der Ittigger Kirche, wo ich Flüchtlingen begegne und mit ihnen ins Gespräch komme.

Wie sieht es mit deiner beruflichen Karriere aus?

Etwas Handwerkliches soll es sein, bei dem ich mich viel draussen bewegen kann. Schmutzige Hände sind dabei kein Problem. Momentan befinde ich mich im Bewerbungsprozess für eine Lehre als Velomechaniker.

Interview: Susanne Gygax

Getrost durchs ganze Jahr

«Ich will euch trösten, wie einen seine Mutter tröstet.» Diese Zusage steht als Jahreslosung über dem Jahr 2016.

Die Jahreslosung stammt aus dem Prophetenbuch Jesaja und ist eine Ermütigung fürs Volk Israel. Nach vier Jahrzehnten Gefangenschaft in Babylon durfte der Rest des Volkes zwar wieder heimkehren, aber Jerusalem war eine Geisterstadt, der Tempel lag in Trümmern, die Menschen waren ohne Mut und Hoffnung. In diese Trostlosigkeit hinein spricht Gott, erweicht sich als achtsam, mitfühlend und solidarisch – als liebevoll tröstende Mutter will er seinen Kindern einen neuen Anfang ermöglichen. Die Verfehlungen seines Volkes, die sozialen Ungerechtigkeiten und das Missachten der Weisungen hatten harte Konsequenzen. Gott nimmt nichts von dem zurück, was geschehen ist, aber er selber ist mit

dabei beim Neubeginn!

Keine «Trostpflasterli-Politik»

Trost hat den gleichen Wortstamm wie Treue und das alte Wort Trutz, es bedeutet «Festigkeit» und «innerer Halt». Mit diesen Eigenschaften möchte Gott auch uns heute ausrüsten, uns trösten und ermutigen, damit auch wir Trösterinnen und Tröster werden in unserem Umfeld. So können wir als EVP-Leute mit den vielen aktuellen politischen und sozialen Herausforderungen weit mehr machen als «Trostpflasterli-Politik», nämlich uns getrost und trutzig einsetzen für Menschenwürde, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit.



Petra Burri

Petra Burri Schiff
Co-Präsidentin EVP-Biel

FRÜHJAHRSESSION DES NATIONALRATS

Einige Sessionssplitter

Der Nationalrat will keine flächendeckenden Kontrollen zur Einhaltung des Arbeitsgesetzes in den Spitälern durchsetzen. Er lehnte meine Motion mit 117 zu 74 Stimmen ab. Ich hatte auf die Ergebnisse der Kontrollen in verschiedenen Kantonen hingewiesen. Dabei wurden systematische Verletzungen des Arbeitsgesetzes festgestellt. In einigen Kantonen wurde gar nie kontrolliert. Das darf der Staat so nicht dulden. Die langen Arbeitszeiten sind auch ein Risiko für die Patienten. Bundesrat Johann Schneider-Ammann wies darauf hin, dass die Durchsetzung des Arbeitsgesetzes Aufgabe der Kantone sei, und nahm sich damit aus der Verantwortung. Als Kommissionssprecherin der Staatspolitischen Kommission hatte ich im Geschäft «Gleichstellung der Ehe und der eingetragenen Partnerschaft im Einbürgerungsverfahren» die Kommissionsmehrheit zu vertreten. Fünf gleichlautende parlamentarische Initiativen standen am

Ursprung dieser Vorlage. Der Rat entschied, dass künftig die erleichterte Einbürgerung nicht nur für ausländische Ehepartner, sondern auch



Marianne Streiff

für ausländische Personen gelten soll, die in einer eingetragenen Partnerschaft mit einem Schweizer Staatsangehörigen leben. Unverändert setzen wir EVP-Nationalrätinnen uns ein für den Schutz der Ehe als Begriff und vor allem als Lebensgemeinschaft zwischen Frau und Mann. Es ist jedoch wichtig, dass Personen in eingetragenen Partnerschaften in Bezug auf ihre verfassungs- und gesetzkonformen Rechte nicht diskriminiert werden. Sonst liefern wir ein Argument für die Ehe für alle. Einen ausführlichen Sessionsbericht finden Sie wie immer auf www.marianne-streiff.ch.

Marianne Streiff, Nationalrätin

IMPRESSUM

Redaktionsadresse:

Christof Erne, Könizstr. 83, 3008 Bern
Tel. 031 991 78 91, bevvp@evp-be.ch

Inserate: Jordi AG, Belp

Christian Aeschlimann, Tel. 031 818 01 42
christian.aeschlimann@jordibelp.ch
Mediendaten: www.evp-be.ch > Parteizeitung

Geschäftsstelle:

EVP Kanton Bern, Postfach 2319, 3001 Bern
info@evp-be.ch, Tel. 031 352 60 61

Adressänderungen: Bitte schriftlich an
EVP Schweiz, Postfach 2319, 3001 Bern, oder via
www.evpppev.ch/kontakt/adressaenderung

Jahresabonnement:

Mitglieder: Fr. 5.–;
Freunde / Gönner:
Fr. 3.–
Postcheck 30-20312-1
(EVP)



Druckerei:

W. Gassmann AG, Biel

Versandarbeiten / Beilagen:

Atelier Passage, Müllerstrasse 3, 2562 Port
www.atelierpassage.ch, info@atelierpassage.ch
Tel. 032 331 66 55

VOTATIONS POPULAIRES DU 5 JUIN

Non à la loi sur la procréation médicalement assistée

Le 5 juin, le peuple suisse votera sur la révision de la loi sur la procréation médicalement assistée. Le PEV a, avec d'autres organisations et avec succès, lancé le référendum contre cette loi.

Le PEV accepte la décision du peuple suisse du 14 juin 2015 qui a décidé d'ancrer dans la Constitution le diagnostic préimplantaire (DPI). Le référendum n'a pas comme objectif de rendre cette décision caduque. Cependant, la révision de la loi sur la procréation médicalement assistée (LPMA), adoptée par le Parlement en décembre 2014 déjà, règle l'application concrète du PID. Elle prévoit des possibilités d'applications allant

beaucoup trop loin et éthiquement préoccupantes:

- La proposition de loi n'autoriserait pas le DPI uniquement en cas de prédispositions héréditaires lourdes chez un des parents, mais également des examens systématiques des embryons pour le dépistage d'anomalies chromosomiques (dépistage aneuploïdies). Une telle application du DPI menacerait la diversité de la société, ce qui recèle de gros risques. La société ne doit jamais avoir le droit de décider de la valeur de vie d'un être humain. De plus, des tendances eugénistes pourraient apparaître de manière latente.
- La révision de la loi prévoit, que par cycle de traitement, douze

embryons peuvent être développés, au lieu des trois autorisés jusqu'ici. En résulterait un nombre immense d'embryons qualifiés de «surnuméraires». Ceux-ci ont, dorénavant, le droit d'être congelés, mais au plus tard après dix ans, doivent être détruits ou mis à disposition de la recherche.

La campagne de votation à venir offre la chance de créer un espace de débat éthique approfondi sur le développement de la reproduction médicalement assistée en Suisse.

Avec votre non, vous donnez un signal clair au législateur contre un élargissement constant vers une reproduction médicalement assistée sans aucune limite. Je vous prie de tout cœur de participer activement à la cam-



pagne de votation et de convaincre vos amis et connaissances à voter non. Merci!
Marianne Streiff, Conseillère nationale

VOTATIONS DU 5 JUIN

Oui à la loi sur l'asile

Le PEV propose de voter oui à la modification de la Loi sur l'asile et de dire non aux autres objets de la votation fédérale du 5 juin que sont la Loi sur la procréation (voir en-haut) et les trois initiatives populaires pour un revenu de base inconditionnel, pour le financement des transports et pour le service public.

La Loi sur l'asile

La PEV Suisse soutient la Loi sur l'asile qui veut accélérer les procédures d'asile tout en respectant l'équité judiciaire. Il faut que les personnes admises puissent rapidement s'intégrer et qu'elles ne tombent pas à la charge de l'aide sociale. Les autres peuvent plus rapidement être renvoyées. Les avocats dits gratuits travaillent pour une somme forfaitaire et n'ont plus d'intérêt à faire des réclamations inutiles et de prolonger les procédures.

Un revenu de base

Le PEV Suisse dit clairement non à l'initiative du revenu de base inconditionnel. Le travail doit être rentable, et s'il ne l'est pas, justement les jeunes personnes auront un problème de motivation et ne trouveront pas le chemin de l'indépendance économique. L'initiative propose un revenu de base inconditionnel. On parle de 2500 francs par mois. 153 mia. de francs sont nécessaires, ce qui correspond à 24% du PIB de l'an 2014.

Le financement des transports

Le PEV Suisse propose un non à l'initiative qui veut que les recettes de l'impôt sur les huiles minérales puissent uniquement être utilisées pour la route et que les introductions et augmentations de taxes soient soumises au référendum facultatif. Des économies de 1,5 mio. de francs pour compenser les pertes fiscales ne pourraient être pratiquées que dans les domaines où les dépenses sont faiblement liées comme la formation et la recherche, les transports publics, la défense nationale et l'agriculture.

Le service public

Le PEV Suisse se prononce clairement contre ce «cadeau empoisonné» dont les conséquences conduiraient mêmes à une détérioration du service public. L'initia-

tive ne comporte que des risques, ne présente aucun avantage pour la clientèle et serait préjudiciable aux prestations de base efficaces en Suisse. Le succès actuel ainsi que la qualité du service public ne pourraient plus être assurés en même mesure et les consommateurs seraient obligés de payer davantage.

PEV CH

Mots d'ordre du 5 juin 2016		
	Loi sur l'asile	OUI
	Loi sur la procréation	NON
	Initiative pour un revenu de base	NON
	Initiative sur le financement des transports	NON
	Initiative sur le service public	NON
Infos: www.evpev.ch/fr/votations		

Une belle performance de Patrick Gsteiger

Pierre Alain Schnegg de l'UDC va représenter le Jura bernois au Conseil-exécutif. Malgré tout, le candidat Patrick Gsteiger du PEV a obtenu une belle performance.

En ce début d'année, les élections complémentaires pour le Conseil-exécutif ont dominé la vie politique bernoise et en particulier celle de notre candidat Patrick Gsteiger. Durant de nombreuses semaines, il a été appelé aux quatre coins de notre canton pour participer à des débats et à répondre aux questions de la population et des journalistes locaux.

Malgré cet immense engagement, ses positions constructives et sa grande expérience politique, la surprise ne s'est pas produite.

Au soir du 28 février, le retard sur les concurrents du PS et de



Silas Liechi

l'UDC était trop important pour pouvoir espérer un renversement de la situation au second tour.

Même si le siège à l'exécutif n'a pas pu être conquis, Patrick Gsteiger a remarquablement représenté notre parti à travers les nombreuses apparitions en public et dans les médias. À noter encore que Patrick Gsteiger a obtenu deux fois plus de voix

que lors de sa première participation en 2010. Chapeau et merci pour cette belle performance!

Silas Liechi, Vice-président PEV BE



GRAND CONSEIL

Focus sur l'aménagement du territoire

Les points forts de la session de janvier étaient l'initiative sur les terres cultivables et son contre-projet ainsi que la révision de la législation sur les constructions.



Martin Aeschlimann

L'acceptation de la révision de l'aménagement du territoire et celle de l'initiative sur les résidences secondaires au niveau

fédéral prouvent la prise de conscience de la nécessité d'une gestion plus soignée des ressources territoriales limitées. Les nouvelles conditions cadres établies par la Confédération conduisent à un changement de paradigme au niveau cantonal. Le développement urbain aura lieu, à l'avenir, quasiment uniquement au sein des limites des zones actuelles. Cela est désormais largement accepté

également par la droite bourgeoise. Néanmoins, des intérêts opposés ont surgi en matière de l'application concrète.

Plus de 100 propositions d'amendements des députés, le lobbying des secteurs d'extraction de matériaux et de décharges, des propriétaires d'immobiliers et de résidences secondaires démontrent l'importance du plus gros dossier de la législature en cours. En particulier, la taxation de la plus-value et les mesures contre la thésaurisation des terrains à bâtir ont conduit à des bagarres musclées, qui ne pourront conduire à des décisions qu'en juin au cours de la deuxième lecture.

Toujours est-il qu'une victoire d'étape importante a été atteinte: l'initiative sur les territoires cultivables et son contre-projet ont mis la pression nécessaire afin de permettre d'ancrer durablement la protection des terres agricoles dans la loi.

Martin Aeschlimann
membre du Grand Conseil

GRAND CONSEIL

Finances et naissances

Marc Jost, Président du Grand Conseil, a dirigé en mars de main de maître la dernière session de son mandat, avec sérénité et une pointe d'humour.

Avant de démarrer la session, plus de 20 membres du Grand Conseil se sont réunis dans la chapelle de l'Hôtel de Ville pour la courte méditation organisée par le PEV depuis des années.

Markus Wenger, Président de la Commission de sécurité, a rappelé avec succès, qu'en vue du nombre croissant de requérants d'asile mineurs, un crédit supplémentaire pour l'accompagnement et la prise en charge est nécessaire. L'expert des finances du PEV, Hans Kipfer, a appelé les membres du Grand Conseil à ne pas accepter de manière précipitée la demande de diminution d'impôt sans contre-financement. Celle-ci coûterait 70 millions de francs et nécessiterait de nouvelles mesures d'économie. Malheureusement, cet abaissement n'a pu être rejeté que pour 2017. Dès 2018, la majorité souhaite un dégrèvement, en particulier pour les hauts revenus.

Le rapport social constate que l'écart entre les pauvres et les riches du canton augmente.

Melanie Beutler a demandé de nouveaux rapports périodiques devant permettre de prendre des mesures concrètes contre la pauvreté.

Après l'acceptation du contre-projet, l'initiative sur les terres cultivables a été retirée. Un exemple réussi d'une collaboration constructive entre le Gouvernement et les partis. Martin Aeschlimann a participé activement à l'élaboration de ce compromis.

Philippe Messerli s'est engagée pour que des dispositions législatives pour la naissance sous x soient enfin établies. Cela permet aux femmes enceintes se trouvant dans des situations désespérées de choisir la vie pour l'enfant à venir.

Christine Schnegg
membre du Grand Conseil



Christine Schnegg